

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 606. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 1901.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 28. Dezember 1901.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 27. Telefon Nr. 18.

Polnische Demonstrationen.

Wenn irgend etwas geeignet ist, die Aufmerksamkeit der national-polnischen Bewegung Jedom für vor Augen zu stellen, so ist es die Art und Weise, wie sich die polnische Presse des Auslandes fortgesetzt die Ausbeutung der Vorgänge in Anhalt und den Gnefener Urteilspruches angelegen sein läßt. Diese Ausbeutung geschieht auf Grund völlig einseitiger und lügenhafter Berichte, welche in der polnischen Bevölkerung den Glauben erwecken müssen, als seien die polnischen Behörden in der brutalsten Weise gegen durchaus Unschuldige vorgegangen. Dieser Umstand und die sich mehrenden Anzeichen dafür, daß die Quelle der ganzen Anfechtung und der Ausbreitungen, welche zu einer gefährlichen Abwärtung geführt haben, aufserhalb der polnischen Regierung und Presse zu suchen ist, müßten es unserer Regierung nahelegen, schärfer noch als bisher den polnischen Bestrebungen auf die Finger zu schauen und Sorge dafür zu tragen, daß in den weitesten Kreisen Klärung darüber geschaffen wird, in welcher Weise die polnische Arbeit betrieben wird.

Die deutschfeindlichen Kundgebungen, welche die Polen im Anstande in Szene gesetzt haben, die Gefährdungen für die „Anstalt der Anstalt und Gnefen“, die aufreizenden Artikel der polnischen Auslandspresse sind lediglich Glieder in der Kette einer planmäßigen Agitation der großpolnischen Elemente, die seit Langem schon im Werke ist. Wir erwarten und hoffen, daß die bevorstehende Interpellation über die Vorgänge in Anhalt in den preussischen Abgeordnetenhaus Gelegenheit bieten wird, für die planmäßige Agitation näher zu beleuchten.

Für Niemanden, der den Dingen etwas tiefer als den Grund schaut, ist ein Zweifel daran möglich, daß die polnischen Schulführer in Anhalt, welche sich bekommen ließen, ihre Hefte zu zerreißen, ihre deutschen Mitschüler zu beschimpfen und sogar unflätige Auslassungen gegen die Deutschen auszulassen, lediglich Marionetten waren, die an Fäden in Bewegung gesetzt wurden, deren Leitung nicht in Anhalt zu suchen ist. Und die Thatsache, daß von den unter den Verhafteten fünf Singsänger ein Kind unter den schulpflichtigen Demonstrationen von Anhalt sein einziger nennen kann, was die Auffassung bekräftigt, daß hier Motive mit spielen, welche mit der angeblichen politischen „Gewissensnotiz“ in Folge der Erteilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache nicht das Geringste gemein haben.

Deutsches Reich.

Deutsches Reich.  
Halle a. S., 28. Dez.

• Eine neue Provinz am Rhein? Der Gehalte der Bildung einer besonderen Provinz aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, welcher zur Zeit in der dortigen Presse angezogen wird, ist nicht neu, er ist bereits vor der Zeit bereits gemacht, als die im vorigen ausgelegte Teilung des Regierungsbezirks Düsseldorf auf der Tagesordnung stand. Angesichts des Umstandes, daß es sich um ein verhältnismäßig gleichartiges Gebiet von etwa 100 Quadratkilometern mit über 3 Millionen Einwohnern handelt, müßte die Unterlegung für die Bildung einer Provinz sowohl nach der kommunalen, als nach der administrativen Seite ausreichen, liegt allerdings der Gedanke einer solchen Organisation nahe. Ohne Zweifel würde durch die Bildung einer besonderen Provinz in sicherer Weise für die Befriedigung der Bedürfnisse des Industriegebietes gesorgt, als durch die Bildung neuer Regierungsbezirke. Denn ein Teil der dort zu lösenden Aufgaben liegt auf kommunalem Gebiete und kann daher nur von einem größeren kommunalen Verbande, also einer Provinz, nicht aber durch rein administrative Einteilung in Bezirke befriedigt werden. Auch ist anzunehmen, daß in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet solche Schwierigkeiten der Organisation, wie sie bei dem Plane der Bildung einer besonderen Provinz aus der Rheinprovinz Berlin und ihrer Umgebung hervorgerufen sind, nicht bestehen. Freilich würde ein aus ganz überwiegender industrieller Kreise bestehender größerer kommunaler Verband auch seine Schattenseiten haben, namentlich deshalb, weil seine finanzielle Leistungsfähigkeit den Wellenbewegungen der wirtschaftlichen Lage der Industrie folgen würde und daher Gefahr liege, gerade in denjenigen Momenten, in denen an seine Leistungen besondere Ansprüche zu stellen sind, finanziell schwach zu sein. Vor allem aber steht dem Plane der Bildung einer neuen Provinz aus den industriellen Teilen der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen die Thatsache entgegen, daß seit mehr als 25 Jahren die Provinzen sich zu reicher und vielfältiger kommunaler Tätigkeit entwickelt haben. Seit der Staat mit dem Dolationsgesetz von 1875 ihnen eine Reihe spezifischer Aufgaben übertragen und zugleich sie mit entsprechenden Renten ausgestattet hat, und seitdem durch die Provinzialverwaltung die kommunale Verwaltung der Provinzen aus einer selbständigen getrennte Organisation erhalten hat, ist der Kreis der kommunalen Geschäfte und Aufgaben der Provinzen ein immer größerer, ihre Tätigkeit eine umfangreichere und intensiver geworden. Theils hat die Befragung ihnen neue Aufgaben gestellt, wie die sogenannte geschlossene Armenpflege, die Feuerschutzversicherung, die Invaliditäts- und Altersversicherung, theils haben die Provinzen wie in der Förderung des Kleinbahnwesens und anderer gemeinschaftlicher Unternehmungen seitens der Gemeinden und Kreise sich selbst neue Aufgaben gestellt. So haben denn die Provinzen nicht nur einen reichen kommunalen Inhalt bekommen, sondern auch ein durchaus individueller selbständiges Gepräge, und zwar in dem Maße, daß in der Landesverwaltung daraus die Förderung hergeleitet werden ist, einen Teil der laufenden ministeriellen Verwaltung den mit den kommunalen Organen der Provinz in enger Fühlung stehenden Oberpräsidenten zu übertragen. Dies ist insbesondere auch von den beiden Provinzen Rheinland und Westfalen. Aus solchen geschlossenen kommunalen Organismen ein so wichtiges Glied, wie den rheinisch-westfälischen Industriebezirk, herauszulösen, würde nicht allein schwierig, sondern auch angesichts der überaus gezielten Entwicklung der kommunalen Tätigkeit dieser Provinzen in hohem Maße bedenklich sein. So erübrigt es daher immer kein mal, diese Frage zu diskutieren, so wieb man sich doch dabei nicht verhehlen, daß es auch an schwerwiegenden Gegenständen nicht fehlt.

• Personalnachrichten. Zu Heinrichshöhe bei Arn an der Sieg nach am Sonnabend Kommerzienrat Eduard Klein, der den Wahlkreis Weimar-Altenfeld von 1878 bis 1881 im Reichstage vertreten hat. Klein gehörte zuerst der nationalliberalen Partei an, trat aber infolge von nichtöffentlichen Meinungsverschiedenheiten aus der Partei aus, und schloß sich der sozialdemokratischen Gruppe Löwe-Begeer an.

• Aus der Stadt Mey. Der bisherige Beigeordnete Julius Ströber ist zum Bürgermeister für eine sechsjährige Dauer und Adolph Heißler zum Beigeordneten der Stadt Mey ernannt worden.

• Nach dem „Berl. Tagebl.“ verlautet, daß die Vorlage wegen Neuregelung des sogenannten Militärpensionswesens, wegen deren der Abg. Graf Oriola eine Interpellation im Reichstage eingebracht hat, in der laufenden Tagung den erforderlichen Majorität nicht unterbreitet werden wird. Dessenungeachtet befragt sich die Meldung nicht. Es würde sonst ein lauter Schrei der Entrüstung durch das ganze deutsche Volk gehen!

• In der Entsendung deutscher Landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Sachverständiger ins Ausland sind der „N. N. N.“ zufolge eine Veränderung eingetreten. Die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Sachverständigen wurden früher allein aus den Gefandtschaften abgeordnet, jetzt sollen diese Personen auch zu den Konsulaten abgeordnet werden. Sie werden durch Alterszulagen aber durch Einführung von Gehaltsstufen verbessert werden, zumal da alle gleichgestellten Kategorien bereits eine Aufbesserung erfahren haben.

• Die Lage der Zahmmeister. An der schlechten Lage der Zahmmeister, die wiederholt im Reichstage zur Sprache gekommen ist, hat auch der diesjährige Etat nichts geändert. Nach den jetzigen Verhältnissen erfolgt die Ernennung zum Zahmmeister erst mit dem 18. bis 20. Dienstjahre in einem Durchschnittsalter von 39 Jahren. Während dieser langen Wartezeit erhält der Zahmmeisterpraktikant nur ein Gehalt von 1200 Mark jährlich. Angesichts dieses ganz unzureichenden Einkommens wäre es doch endlich an der Zeit, darauf zu bringen, daß die Lage der Zahmmeisterpraktikanten entweder durch Alterszulagen oder durch Einführung von Gehaltsstufen verbessert werden, zumal da alle gleichgestellten Kategorien bereits eine Aufbesserung erfahren haben.

• Um der wachsenden Industrie und der damit thätigen Arbeiterschaft weitere Beschäftigung zu gewinnen, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten seinem Vernehmen nach die Beschaffung weiterer rund 37000 Zonen Kleinwohnungen in Aussicht genommen. Gegenwärtig haben die Ermittlungen über die zu beschaffenden verschiedenen Sorten, sodas gegen Ende Januar die Ausschreibung obiger Menge in Aussicht steht.

• Vom Bureau des Abgeordnetenhauses ist soeben das neue Reichs-Verzeichnis fertiggestellt. Danach zählen die Konventionen 144 Mitglieder, das Centrum 100 die Nationalliberalen 75, die Freikonventionen 55, die freireligiöse Volkspartei 24, die freireligiöse Vereinigung 11, die Polen 13; ferner Fraktion gehören 6 Mitglieder an. Von den 433 Mitgliedern des Hauses gehören 115 auch dem Reichstage an.

• Die Vergewinnungen über die Personalien der anzuwendenden Beamten hat der Minister des Innern von Neuem den Kommunen und allen Behörden zur Ansicht gemacht, und zwar anlässlich eines besonderen Falles, in dem teils einer Kommunalverwaltung ein Beamter ange stellt worden ist, der wie sich nachträglich herausstellte, schon wegen Betrugs und Urkundenfälschung verurteilt war und strafrechtlich verfolgt wurde. Der Minister hat darauf aufmerksam machen lassen, daß eine entsprechende Vorwarnung bei allen Anstellungen von Beamten geboten erscheint, nicht nur über die Fähigkeiten und Leistungen, sondern auch über das Vorleben und die Unbescholtenheit der betreffenden Personlichkeiten Erkundigungen einzuziehen. Sofern in letzterer Beziehung nicht durch fortlaufende Beschäftigungen der Ortspolizeibehörden vom Tage der Entlassung aus der Schule ab ein genauer Ausweis genommen werden kann, wird es erforderlich sein, die Vermittlung der Kreispolizeibehörde der Staatsanwaltschaft des Geburtsortes in Anspruch zu nehmen.

• Über die Gewährung von Prämien für die Entdeckung oder Verhütung von Eisenbahnunfällen und die Ermittelung der Urheber von Bahnverwehungen und Unfällen hat der Minister der öffentlichen Arbeiten neue Bestimmungen erlassen. Sie lauten u. a.:

• Werden an den Bahngesellschaften oder an den in Dienst gestellten oder stellenden Fahrern Schäden entdeckt, welche die Sicherheit des Betriebes zu gefährden geeignet sind, so erhalten die Entdecker oder Entdeckerinnen nach bestimmten Umständen; wird eine unmittelbare drohende Betriebsgefahr durch das Entdecken und gemessene Handeln von Eisenbahnbedienten oder privaten Personen rechtzeitig abgemeldet oder wesentlich herabgemindert, so sind hierfür Prämien bis zum Betrag von 300 Mk. auszubilligen, sofern nicht im Einzelfall eine darüber hinausgehende Anerkennung geboten erscheint.

• Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat die Eisenbahn-gesellschaften auf weichen Stationen ersucht, nach Art der Pariser Geschäftsabhandlung gemacht worden sind und zu welchen Ergebnissen sie geführt haben.

• Folgen des Berliner Poststreiks. Wegen Theilnahme an dem Streik in der Postverwaltung des Professors Schiemann hat, wie eine Korrespondenz erzählt, das akademische Senat der Universität von Studirenden vollständer Junge mit

Noch weit schärfer zeigt sich das wahre Gesicht der polnischen Agitation in der Anfangsperiode, daß namentlich auch in Polen Demonstrationen gegen den deutschen Religionsunterricht eingeleitet werden sollen. Dort wird schon seit Jahren der Religionsunterricht in den mittleren und oberen Klassen der Volksschulen durchweg in deutscher Sprache erteilt, ohne daß es den polnischen Agitatoren bisher eingefallen wäre, davor eine Protestaktion der polnischen Sprache oder Nationalität zu finden. Diese Verhältnisse sollen jetzt mit einem Male „umstößlich“ geworden sein. Schon werden aus einigen polnischen Schulen einzelne Fälle gemeldet, in welchen Kinder sich geweigert haben, deutsch zu sprechen. Wenn diese Vorgänge sich wiederholen und ausbreiten, wird es in Polen ohne Zweifel zu ähnlichen Demonstrationen kommen, wie sie sich in Anhalt ereignet haben. Gleichzeitig wird aus anderen Orten der Provinz Polen gemeldet, daß Störungen des Schulunterrichts durch die Weigerung von Kindern, deutsch zu sprechen, vorgekommen sind. In Krottschön sollen 10 Schüler und deutsche Schülerinnen deutsche Antworten verwendet haben. Derartigen Anzeichen gegenüber ist ein festes Vorgehen der Behörden der Regierung unbedingt geboten.

Daß die bisherigen Maßregeln nicht ausgereicht haben, um die Autorität der Schule wieder herzustellen, ist aus der Nachricht zu schließen, daß in Anhalt in einer oberen Klasse der dortigen katholischen Volksschule ein deutsches Mädchen von seinen Mitschülerinnen wörtlich und inhaltlich angegriffen worden ist, weil es im Religionsunterricht deutsche Antworten gab. Es geht daraus hervor, wie weit die Verheerung dieser Kinder bereits geblieben ist. Wenn ein solcher Geist der Auflehnung sich schon bei schulpflichtigen Kindern geltend macht, kann man leicht einen Schluß auf die Gefährdung der Eltern und der ihnen erwandten Angehörigen ziehen.

Nicht mit Unrecht wird darauf hingewiesen, daß noch immer kein Wort der Mißbilligung dieses Treibens, dieser offenen Auflehnung gegen die staatliche Autorität von jenen Stellen vorangegangen ist, welche in erster Reihe berufen wäre, dagegen aufzutreten, daß die Religion als Defiant für politische Bestrebungen unterlandsvorwärtiger Art benutzt wird. Dieser Mangel einer Abmahnung seitens des Erzbischofs von Gnefen und Polen wird auf polnischer Seite natürlich zu Gunsten der national-polnischen Agitatoren geboten und man wird sich nicht wundern dürfen, wenn diese Deutung in den unteren polnischen Volksschulen Glauben findet. Damit ist aber der Boden für weitreichende Demonstrationen geliefert.

Man hat bisher auch in vielen deutschen Kreisen nicht an eine „polnische Gefahr“ glauben mögen. Die jetzige Entwicklung wird dazu beitragen, die Erkenntnis zu verbreiten, wie drohend groß diese Gefahr, welche sich am letzten Ende nicht in kleinen Demonstrationen erschöpft, bereits geworden ist. Das sollte nicht, welches in Folge der wachsenden Vorgänge und des Urteilspruches in Gnefen auf die Solidarität der Polen in Preußen und der Polen im Auslande ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gvb:3:1-171133730-16872166X190112282-18/fragment/page=0001









